

Förderung von Engagement und Partizipation in Europa stärken

EP fordert 1 Euro pro EU-Bürger/in

Christine Wingert

Seitdem das Programm »Europa für Bürgerinnen und Bürger« für die Laufzeit von 2014 bis 2020 auf Betreiben der Mitgliedstaaten (allen voran seinerzeit Großbritannien) mit einem geringeren Budget ausgestattet wurde, setzt sich das Europäische Parlament (EP) immer wieder für seine Aufwertung ein. Im März verabschiedete das Plenum des EP eine umfangreiche Würdigung dieses bürgernahen Förderprogramms, die auch praktische Verbesserungsvorschläge enthält.¹

Relevante Ziele

Die Europaabgeordneten heben die hohe Relevanz der Ziele des Programms hervor – gerade in Zeiten der wachsenden Europaskepsis, die im »Brexit«-Votum von 2016 ihren zurzeit eklatantesten Ausdruck findet. Mit dem Programm »Europa für Bürgerinnen und Bürger« werde ein Beitrag zur lebenslangen europapolitischen Bildung geleistet: Die geförderten Projekte und Organisationen sollen das Wissen über die Europäische Union, ihre Ursprünge und Entwicklung, ihre Werte und Institutionen fördern, um den europäischen Bürgersinn und das Gefühl der Zugehörigkeit zu Europa zu stärken. Sie sollen zu Solidarität und gegenseitiger Toleranz zwischen den Bürgerinnen und Bürgern in Europa beitragen. Dies erreichen sie vor allem durch grenzübergreifende Begegnung, transnationalen Austausch von Wissen und Erfahrungen, durch Debatten und die gemeinsame Arbeit an Lösungsvorschlägen für vordringliche Herausforderungen auf lokaler Ebene, die von europäischer Relevanz sind. Die

¹ Entschließung des Europäischen Parlaments vom 2. März 2017 zur Durchführung des Programms »Europa für Bürgerinnen und Bürger« (2015/2329(INI))



EU-Förderung unterstützt zivilgesellschaftliche Organisationen und Kommunen dabei, den Menschen Anlässe, Plattformen und Medien zu bieten, über europäische Themen und aktuelle Probleme zu diskutieren, ihre Meinung zu artikulieren, sich zu vernetzen und in europäische Prozesse einzubringen.

Transnationale Begegnung und Agenda-Setting

Damit umfasst das Bürgerschaftsprogramm eine breite Palette von Begegnungsprojekten über Fachaustausch von Kommunen und der organisierten Zivilgesellschaft bis hin zu Lobbying und Agenda-Setting im europäischen Entscheidungsprozess. Eine gute Basis für Begegnung und Austausch sind die Kommunalpartnerschaften, die von – zum Teil seit vielen Jahrzehnten währenden – freundschaftlichen Beziehungen zwischen Menschen in Vereinen und Einrichtungen, Kommunalpolitik und -verwaltung aus unterschiedlichen Ländern getragen werden. Das EP fordert daher eine stärkere Unterstützung der kommunalen Partnerschaftsarbeit. Daneben sehen die Europaabgeordneten die Potenziale des Programms, zu einer direkten Bürgerbeteiligung auf europäischer Ebene beizutragen. Denn es unterstützt auch die Vernetzung und gemeinsame Meinungsbildung europapolitisch Engagierter, die eine Europäische Bürgerinitiative (EBI) starten wollen. Dieses sperrige Beteiligungsinstrument, das mit dem Lissabon-Vertrag 2009

eingeführt wurde, ist nur mit großem finanziellem und personellem Aufwand nutzbar, eine Förderung umso dringender geboten. Diese anspruchsvollen Vorhaben auf europapolitischer Ebene stellen jedoch auch eine Konkurrenz zu anderen Initiativen der Zivilgesellschaft in Bereichen wie interkultureller Dialog, Engagement und Freiwilligentätigkeit dar. Daher – so die Abgeordneten – sollten zusätzliche Mittel für die Vorbereitung von EBIs bereitgestellt werden.

Mehr Mittel für die ehrgeizigen Ziele gefordert

Obwohl nur durchschnittlich 15 Prozent der jährlich knapp 3.000 eingereichten Projekte eine Förderung aus dem Programm »Europa für Bürgerinnen und Bürger« erhalten, ist das Interesse an diesem Programm in Europa ungebrochen. In einigen Ländern, dazu gehört auch Deutschland, ist der Frust über die hohe Ablehnungsquote allerdings deutlich zu spüren. Zudem ist die Gesamtzahl der geförderten Projekte – dies betonen die Europapolitiker – zu klein, um die hoch gesteckten Ziele des Programms zu erreichen.

Daher fordert das EP eine Aufstockung des Programmbudgets von derzeit 185,47 Mio. Euro auf 500 Mio. Euro ab 2021. Wenn die Einzahlung Großbritanniens in das EU-Budget tatsächlich wegfallen wird, ist allerdings fraglich, ob sich die Mitgliedstaaten zu diesem Schritt durchringen. ■

Die KS EfBB wird gefördert durch die Generaldirektion Migration, Inneres und Bürgerschaft der Europäischen Kommission aus dem Programm »Europa für Bürgerinnen und Bürger« sowie vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.